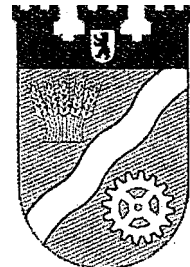


Seniorenvertretung Bezirk Marzahn-Hellersdorf von Berlin



Wahlprüfsteine der Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf

1. Was wollen Sie für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer sozialen Folgen tun?

- Mit welchen Mitteln beabsichtigen Sie die Arbeitslosigkeit und Ihre Ursachen wirksamer zu bekämpfen, um nicht mehr länger Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitsplätze in Berlin zu finanzieren?
- Wie wollen Sie gewährleisten, dass durch mehr versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit die Beitragseinnahmen für Gesundheit, Rente und Pflege wieder anwachsen und nicht durch Arbeitslosigkeit, Minijobs, Schwarzarbeit, eine wirkungslose Rente mit 67 und Frühverrentung weitere Löcher in die Sozialkassen gerissen werden?
- Mit welchen Maßnahmen sollen ältere Arbeitslose gegen die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit besser geschützt werden?
- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Möglichkeiten eines längeren Verbleibs älterer Menschen im Arbeitsleben zu fördern?
- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Beschäftigte die Möglichkeit haben, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten und damit zusätzliche Rentenansprüche zu erwerben? Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung beruflicher Altersgrenzen einsetzen?

2. Wie wollen Sie den weitergewachsenen Gegensatz von Arm und Reich abbauen?

- Wie soll die Finanz- und Steuerpolitik zu einer gerechteren Verteilung gesellschaftlichen Reichtums beitragen und das gestiegene Armutsrisiko, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bzw. Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, Langzeitarbeitslosen, verringert werden?
- Sind Sie bereit, große Vermögen und Erbschaften real höher zu besteuern und weitere massive Steuersubventionen für Großunternehmen (neue Gewerbe- und Körperschaftssteuer) zu reduzieren, um dadurch freiwerdende Mittel für eine umfassende Prävention und den Kampf gegen Armut einzusetzen?
- Wie wollen Sie verhindern, dass die Kaufkraft von Erwerbseinkommen und Renten immer weiter sinkt, wie es durch Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform, Privatisierung der städtischen Daseinsvorsorgeeinrichtungen u.a. Maßnahmen erfolgt?

Vorsitzende:
Regina Saeger
Ernst-Bloch-Str. 34
12619 Berlin
Tel., AB, Fax:
0301563 28 10

Stellv. Vorsitzende
Heidrun Lösche
Poelchastr. 2-13 / 02
12681 Berlin
Tel., AB:
030 / 542 04 04

Finanzbeauftragter
Karl-Heinz Kriebisch
Telemannweg 23 c
12621 Berlin
Tel., AB:
030 / 525 26 94

Schriftführer
Paul Böhmke
Gülzower Str. 94
12619 Berlin
Tel., AB:
030 / 562 46 114

3. Wie wollen Sie Erscheinungen wirtschaftlicher und sozialer Stagnation in Berlin und in den neuen Bundesländern überwinden?

- Wie sollen der wirtschaftliche Rückstand Berlins und der neuen Bundesländer und die lang andauernden Ungleichheiten in der Einkommensentwicklung zwischen Ost und West überwunden werden?
- Welche Position beziehen Sie zu der Forderung, dass zur Herstellung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West ein Fahrplan für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost vorgelegt wird, um diese Angleichung in einem überschaubaren Zeitraum tatsächlich zu vollziehen?
- Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in Zukunft mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleibt? Falls ja, durch welche konkreten politischen Maßnahmen?
- Mit welchen Maßnahmen soll die soziale Infrastruktur in den neuen Ländern entwickelt und auf sich vollziehende Veränderungen (strukturelle Mängel im Gesundheitswesen, Abwanderung, Geburtenrückgang etc.) eingestellt werden?
- Unterstützen Sie unsere Forderung, dass der Bundestag und das Land Berlin sich verstärkt für die Erhaltung von Produktionskapazitäten in Industrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Handwerk in der Stadt Berlin und im Umland einsetzen müssen?

4. Wie wollen Sie eine zuverlässige Alterssicherung für heutige und kommende Rentnergenerationen sichern.?

- Was wollen Sie tun, um den Generationenvertrag zu bewahren und die Finanzierung der gesetzlichen Renten im Interesse der zukünftigen Generationen langfristig zu sichern?
- Was wollen Sie tun, dass nicht ständig den über 20 Millionen Rentnerinnen mit Rentenkürzungen gedroht wird?
Unterstützen Sie den Vorschlag der jetzigen Koalition, Kürzungen bei den Rentenzahlungen gesetzlich ZU unterbinden?
- Sind Sie trotz der hohen Arbeitslosigkeit und der Wirkungslosigkeit der Rente mit 67 für ein solches Rentenmodell?
- Unterstützen Sie die Forderung, Zeiten der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen und der Ausbildung besser zu bewerten und verstärkt als rentensteigernd anzurechnen?

5. Was wollen Sie für eine bessere gesundheitliche Versorgung der Menschen tun?

- Seit über 10 Jahren warten wir auf die Verabschiedung eines „Patientenschutzgesetzes“ durch den Deutschen Bundestag.
Wie unterstützt Ihre Partei das längst überfällige Gesetz?
- Wie stehen Sie zu Forderungen, die gesetzliche Krankenversicherung durch eine solidarische Finanzierung zu stärken, an der sich alle Bürger mit allen Einkünften entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligen?
- Betrachten Sie den "Gesundheitsfonds" als solidarisches Instrument oder als weiteres Mittel zur Stärkung der privaten Krankenversicherung auf Kosten der Steuerzahler?
- Sind Sie bereit, für chronisch Kranke und sozial besonders Benachteiligte (z.B. Empfänger von Grundsicherungsleistungen, Pflegebedürftige in Heimen, Obdachlose, Suchtkranke) wieder Härtefallregelungen einzuführen?
- Wie wollen Sie die gesetzliche Pflegeversicherung weiter reformieren, um für eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen eine menschenwürdige, ganzheitliche Pflege zu gewährleisten und auch der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen?

6. Erhalt von Selbständigkeit und Lebensqualität

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist der Erhalt der Selbständigkeit im Alter, gerade auch bei Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Dies erfordert ein funktionierendes und für alle Menschen bezahlbares Gesundheitswesen, eine am Menschen orientierte Pflege sowie eine gute hauswirtschaftliche Versorgung.

- Mit welchen konkreten politischen Maßnahmen plant Ihre Partei die Möglichkeiten eines selbständigen Wohnens bis ins hohe Alter zu erweitern? In welchem Umfang sollen neue Wohnformen, die eine Alternative zum Heim darstellen, staatlich gefördert werden?
- Plant Ihre Partei die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes? Falls ja, inwieweit werden dabei die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen, etwa im Bereich der Tertiärprävention, berücksichtigt?
- Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die geriatrischen und gerontopsychiatrischen Kenntnisse bei Ärzten und medizinischem Personal zu verbessern?

7. Wie wollen Sie die Mitwirkung älterer Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben fördern?

- Wie stehen Sie zur gesetzlichen Verankerung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Seniorenvertretung?
- Wie soll die Mitwirkung und Mitbestimmung der Senioren bei den für sie wichtigen Fragen auch auf Bundesebene gestärkt werden (Vorbild des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes für andere Bundesländer)?
- Wie wollen Sie sich dafür engagieren, dass das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz mit Leben erfüllt wird?
- Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, soziale Mitwirkung, Selbsthilfe und Ehrenamtlichkeit, vor allem älterer Menschen, nachhaltig zu fördern und abzusichern?
- Werden Sie sich für eine stabile finanzielle Absicherung der soziokulturellen Tätigkeit in Berlin einsetzen?

8. Politische und gesellschaftliche Teilhabe

Die Herausforderungen des demografischen Wandels können nur gemeinsam mit den älteren Generationen bewältigt werden. Dies betrifft nicht nur das Arbeitsleben, sondern auch den politischen und gesellschaftlichen Bereich. Viele ältere Menschen sind bereit, mehr Verantwortung in Politik und Gesellschaft zu übernehmen.

- Plant Ihre Partei konkrete Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern? In welchem Umfang werden insbesondere die Qualifizierung und die Begleitung von Menschen gefördert, die sich ehrenamtlich in der Betreuung von Pflegebedürftigen engagieren?
- Mit welchen konkreten Maßnahmen sollen bestehende Hürden für das Engagement älterer Menschen mit Behinderungen sowie älterer Menschen mit Migrationshintergrund abgebaut werden?
Inwieweit können Organisationen, in denen sich ältere Menschen für soziale und gesellschaftliche Anliegen freiwillig engagieren, auf öffentliche Förderung verlassen?
- Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung von Altersgrenzen im politischen und gesellschaftlichen Bereich einsetzen? Welche konkreten politischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters (z.B. beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen) wirksamer zu bekämpfen?